

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Leipzig, Markt 20.

Verlagsort: Leipzig, Markt 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 260.

Donnerstag, 7. November 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Ledger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3.60 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 30 Pf., Überschrift 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachwehungs- und Vermittlungsgebühren 30 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wertschuldige Unterhaltungsbeiträge, Erklärer an der Elbe, — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Bauer & Wenzel, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Montag, den 11. November 1918, vormittags 11 Uhr wird im Sitzungssaal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft

Öffentliche Bezirksausschreibung

abgehalten.
Großenhain, am 6. November 1918.
A. Königl. Amtshauptmannschaft.
Die Hände unter den Händen des Gutsbesizers Max Möbius in Großenhain, des Fuhrwerksbesizers Boris Wittich in Rünchritz und des Vorwerksbesizers Ernst Grentlich in Streumen ist erloschen.
Großenhain, am 2. November 1918.
2265 b E. Die Königl. Amtshauptmannschaft.

Aufgebot.

Das unterzeichnete Amtsgericht hat das Aufgebotsverfahren zur Herbeiführung der Todeserklärung nachstehender Personen eingeleitet und zwar:
1. des Leichnamströgers Wilhelm Paul Richter, geboren am 3. April 1886 zu Böhren, Amtshauptmannschaft Großenhain, bis zum 23. Februar 1904 in

Böhren, hierauf in Hamburg wohnhaft, später auf dem englischen Dampfer „Polma“ auf Seefahrt im Mittelmeer, seit Ende Dezember 1906 verschollen, auf Antrag seines Vaters, des Schneidemühlensaufsehers Friedrich Wilhelm Richter in Böhren, Nr. 24.

2. des Arbeiters Rudolf Arthur Eichner, geboren am 2. Februar 1874 in Riesa in Sachsen, zuletzt — 1912 — in der französischen Fremdenlegation in Afrika, seit 1912 verschollen, auf Antrag des Vorgesetzten, Schneidemeister Heinrich Rudolf Rößberg in Vauß, Amtshauptmannschaft Großenhain.

Als Aufgebotsstermin vor dem hiesigen Amtsgerichte wird der 15. April 1919, vormittags 9 Uhr bestimmt.

Es ergeht hierdurch die Aufforderung,
1. an die Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls ihre Todeserklärung erfolgen wird,
2. an Alle, die Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte hiervon Anzeige zu machen.
Riesa, den 30. Oktober 1918.

Königliches (Sächs.) Amtsgericht.

Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.
Am Regierungstische sitzen die neuen Staatsminister. Hans und Trübner sind gut besucht. Anwesend sind auch Kronprinz Georg und Prinz Johann Georg. Beginn der Sitzung 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung. Staatsminister Dr. Heineke verweist in der Hauptsache auf sein gestern in der Zweiten Kammer entwickeltes Programm und führt weiter aus: Am Staatsleben sollten künftig die breitesten Schichten des Volkes teilnehmen. Jeder Volksgenosse müsse sich dessen bewußt sein. Die neue Regierung befinde sich freudig zum Reiche und wolle sich ihm unterordnen als selbstständiger Bundesstaat. Der Minister schließt: Die Welt hat erkannt über die Leistungen Deutschlands in diesem Kriege. Sie wird noch mehr staunen über die Kraft und das Selbstbewußtsein, mit dem wir an den Wiederaufbau unseres Staates und unserer Zukunft gehen werden. Und Sachsen soll dabei nicht fehlen. (Beifall.) Präsident Graf Wittum v. G. schließt die Sitzung namens des Hauses die neuen Staatsminister und gedenkt mit anerkennenden Worten der ansässigen Minister und ihrer segensreichen Arbeit für das Land. Wirkl. Geh. Rat Dr. Wehnert: Zu begrüßen sei die Erklärung des vorstehenden Staatsministers, daß an eine lebhaftere Betätigung der sächsischen Regierung auch in Berlin gedacht werde. Die wichtigste Frage sei augenblicklich die Ernährungsfrage. Eisenbahnwagen und Mannschaften müßten hierfür bereit gestellt werden. Oberbürgermeister Wittich bekennt sich rückhaltlos zur Einheit des Reiches unter preussischer Führung. Seine Freunde würden vertrauensvoll mit der neuen Regierung zusammenarbeiten. Die Kardinalfrage sei gegenwärtig nicht die Änderung der Verfassung oder politische Umbildung, sondern die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Diese könne aber nur gewährleistet werden bei hinreichender Ernährung der Bevölkerung. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln und Kohlen sei außerordentlich schlecht. Trotzdem möge sich das Volk nicht verleiten lassen, die Staatsmaschine durch Erregung von Unruhen und Unordnung in ihrem Gange zu gefährden. Finanzminister Dr. Schröder: Die Regierung tue alles Mögliche, um die Kartoffelversorgung zu fördern. Nach den neuesten Mitteilungen seien die Lieferungen aus Polen besser. Mit einer Vorlage zur Bekämpfung der Wohnungsnot werde sich der Landtag demnächst befassen. Auch der Frage der Demobilisierung habe die Regierung vorbereitet. Notstandsarbeiten im Betrage von über 50 Millionen Mk. könnten sofort in Angriff genommen werden. Kommerzienrat Leonhardt begrüßt vor allem die Änderung des Landtagswahlrechts. Die sächsischen Unternehmer seien bereit, nach Kräften zur Lösung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Oberbürgermeister Dr. Rothe: Leipzig: Leider habe Geh. Rat Dr. Wehnert zu dem Programm der neuen Regierung nicht deutliche Stellung genommen. Die Demobilisierung Leipzigs und die städtischen Kollegen würden sich rückhaltlos zu dem neuen Regierungsprogramm bekennen. Wirkl. Geh. Rat Dr. Wehnert: Er habe ausdrücklich erklärt, daß die Regierung der vollen Unterstützung der Kammer gewiß sein könne. Geh. Kommerzienrat Dr. Reineker: Gern sei die baldige Abgabe der Zwangswirtschaft und Verhinderung weiterer Metallentwertung. Staatsminister Dr. Kaumann macht die Regierung hinsichtlich der Bekämpfung der Wohnungsnot auf die Mitarbeit der Böhrenreform aufmerksam. Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß gegen 3 Uhr.

Wsl. Dresden, 6. November 1918.

Zweite Kammer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die allgemeine Vorbereitung über den Gesetzesentwurf betr. das Leiharbeitsrecht für Beamte bürgerlicher Gemeinden. Minister des Innern, Dr. Koch begrüßt die Vorlage. Sie bedeutet die Erfüllung einer dem Hause von der Regierung gegebenen Auflage und komme den Wünschen entgegen, welche die Gemeindebeamten schon lange geäußert haben, nämlich nach Gleichstellung mit den Staatsbeamten. Das gesamte Dienstrecht bedürfe einer Überarbeitung. Es entspreche nicht mehr dem Geiste unserer Zeit. Aber die Regierung bittet die Stände und die Gemeindebeamten, sich einstweilen mit dem Erreichten zu begnügen. Abg. Dr. Roth (F. Vp.) erklärte namens seiner Freunde, daß diese überzeugt seien, daß das

Gesetz eine Reihe von Bestimmungen bringe, die vom liberalen Standpunkte betrachtet außerordentlich bedenklich seien. Es hätte einer gründlichen Neuordnung des gesamten Dienstvertrags bedürft. Das beste wäre, wenn die Regierung das Dekret zurückziehe. Sollte es aber an die Deputation gehen, so müsse es gründlich geändert werden. Sekretär Dr. Schanz (Kon.) steht der Vorlage freundlich gegenüber und äußert noch einige Wünsche zu dem Entwurf. Auch Abg. Klein (F. Vp.) (Kon.) stimmt ebenfalls dem Entwurf zu und zwar unter Betonung einiger Änderungswünsche. Abg. Rastan (Soz.) wünscht, daß der Kreis der Verlenen, die unter das Dienstrecht fallen, erweitert werden soll. Der Entwurf wird alsdann auf Antrag des Abg. Schanz an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen.

Es folgt die allgemeine Vorbereitung des Dekrets 46 betr. Entwurf des Abänderungsgesetzes zum Organisationsgesetz, der eine Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Bezirks- und Kreisräte vorsieht. Die Abgeordneten Döhler (natl.) Dr. Wehnert-Plauen (Kon.) und Dr. Roth (F. Vp.) erklärten namens ihrer politischen Freunde das Einverständnis mit der Vorlage, die dann auf einstimmigen Beschluß des Hauses ebenfalls an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen wird.

Nächste Sitzung Donnerstag Nachmittag 4/6 Uhr: Gesetzentwurf betr. die Gewährung von Teuerungszulagen an die Schulgemeinden.

Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 7. November 1918.

— Kriegsleihe-Ergebnis. Bei der Reichsbank Riesa mit ihren Zeichnungsstellen wurden 7485000 Mk. 9. Kriegsleihe gezeichnet. — Die Zeichnungen auf die 9. Kriegsleihe beim Erlaß-Bonier-Voll. 23 in Riesa haben die erfreuliche Höhe von 947125 Mark erreicht.

— Vom Schlachthofe. Im Monat Oktober 1918 gelangten auf dem sächsischen Schlachthofe zu Riesa 380 Tiere zur Schlachtung und zwar 9 Pferde, 363 Rinder (davon 8 Ochsen, 13 Kühe, 129 Kälber, 115 Jungkälber), 91 Kälber, 12 Schweine, 4 Hiegen und 1 Ferkel. Von auswärts wurden in den Stadtbezirk eingeführt und der vorgeschriebenen Kontrolluntersuchung unterworfen 82 Hinderviertel und 1 Kalb. Für minderwertig erklärt und im rohen Zustande auf der Freitabak zum Verkauf kamen 3 Kalbe. An einzelnen Organen wurden verworfen 79 Lungen, 5 Lebern und 6 mal sämtliche Eingeweide.

— Schnellzugsverkehr Leipzig-Dresden Vom 7. November an wird für die Dauer der Einziehung der preussischen Schnellzüge 141/144 auf der Strecke Hannover-Leipzig (an Leipzig 7¹¹, ab Leipzig 10¹¹) das Schnellzugspaar 144/145 zwischen Dresden und Leipzig aufgegeben (ab Dresden Hbf. 8¹¹, an Leipzig Hbf. 10¹¹; ab Leipzig Hbf. 1¹¹, an Dresden Hbf. 3¹¹). Der Schnellzug 141 bleibt zwischen Leipzig und Dresden (ab Leipzig Hbf. 7¹¹, an Dresden Hbf. 9¹¹) bestehen.

— Zur Lage der Elbefischerei wird gemeldet: In der Elbefischerei sind angeichts der politischen Zustände Oesterreichs auch die böhmischen Braunkohlentransporte von den Verfügungen der neuen Behörden berührt worden, wie sie sich in Zukunft gestalten werden, bleibt wohl zunächst eine offene Frage. Der Verkehr über die sächsischen Umschlagplätze blieb weiterhin reger. Für Massengut von dort nach Hamburg wurden 80 Tm. für 100 Kilogramm gezahlt. Das Hamburger Bergeschiff hielt sich im Rahmen der letzten Woche. Dadurch bestimmte sich auch in einem Teil die Wertebestlage auf den mächtigen Wasserstraßen, während andererseits auf diesen die Antänze auch von der Ober Elbe nicht über die bisherigen Niveaus erhoben. Der Stückgutverkehr in der Richtung nach Berlin ist weiter lebhaft.

— Gest ausrichtende Zulagen. Die Dresdner Handelskammer erläßt folgende beachtenswerte Aufforderung: wegen der anhaltenden Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse, die die Festbediensteten besonders bedrückt, haben Staat und öffentliche Körperschaften ihren Beamten wiederholt laufende Teuerungszulagen und neuerdings eine einmalige größere Anschaffungsbeihilfe gewährt. Zahlreiche Betriebe in Handel und Industrie haben in ähnlicher Weise für ihre Angestellten gesorgt. Gewiß gestattet es die eigene Lage manchem Kaufmann und Industriellen nicht, seinen Angestellten die gleichen Zulagen zu gewähren wie Staat und Gemeinden ihren Beamten. Aber es scheint, als ob doch auch noch manche leistungsfähige Firmen ihren Angestellten keine ausreichenden Zulagen gewährt haben. Durchdrungen von dem Werte eines ar-

beitskräftigen Angestelltenstandes für den Wiederaufbau des sächsischen Wirtschaftslebens richtet deshalb die Dresdner Handelskammer im Einvernehmen mit den übrigen sächsischen Handelskammern an die Arbeitgeber in Industrie und Handel ihres Bezirkes die dringliche Aufforderung, der Rat der Angestellten, soweit es noch nicht oder noch nicht ausreichend geschehen sein sollte, nach Maßgabe der eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse durch angemessene Zulagen, insbesondere jetzt zu Beginn des Winters durch Gewährung einer einmaligen größeren Anschaffungsbeihilfe abzuwehren.

— Werwerliche Geschäfte in Kriegsangelegenheiten. Gewinnstüchtige Naturen benutzen die niedergeschlagene Stimmung einzelner namentlich unbedolener Personen dazu, Geschäfte in Kriegsangelegenheiten zu machen. Sie scheuen sich nicht, dort, wo sie glauben, Gebör zu finden, die Stimmung durch Plausmacherei, wenn nicht gar durch wahrheitswidrige Reden noch mehr herunterzudrücken, um ihre Opfer zum Verkauf von Kriegsleihe geneigter zu machen. Sie lassen sich dann herab, den gestäubten Leuten aus reiner Gefälligkeit und Menschenfreundlichkeit die Kriegsleihe zu billigerem Preise abzugeben und freuen sich im Stillen ihres Gewinnes. Ein solches Gebahren ist gemißbilligt und in der letzten schweren Zeit, in der es Wohl eines jeden ist, seinen Mitmenschen aufzurichten, verwerflich. Es wird vor solchen Leuten gewarnt, mögen sie in der Masse des Wiedermannes auftreten oder sich sonstwie in unverantwortlicher Weise nähern und deren Namhaftmachung zwecks strafrechtlichen Einschreitens empfehlen.

— Wer seine Schuhe ausbessern lassen will, wendet sich am besten an einen Schuhmacher, der geschickt mit Erfahrung fertig werden kann. Wer möchte nicht gern Leder anstatt Erlas haben! Die harte Kriegszeit zwingt aber jedermann zu der Einsicht, daß in erster Linie unsere Soldaten so reichlich wie möglich mit bestem Lederzeug ins Feld geschickt werden müssen. Dann aber bleibt für die Heimat nicht mehr viel übrig. Wir müssen uns nicht nur während des Krieges mit Erlasstoffen für Schuhe begnügen, sondern werden auch noch lange Zeit nach Friedensschluß Erlasohlen tragen müssen. Das hört sich weit schlimmer an, als es wirklich ist. Von den Schölen verlangen wir in erster Reihe Wärme, Wasserdichtigkeit und Dauerhaftigkeit. Es gibt auch Erlasohlen, die diese wichtigsten Eigenschaften des Leders besitzen. Die Reichsregierung hat ja eine eigene dem Reichswirtschaftsamt unmittelbar unterstellte Kriegsorganisation geschaffen, die alle Erlasstoffe für Leder ausproben muß, bevor sie in den Verkehr kommen. Im Grunde mit der so erfindungsreichen deutschen Technik ist es ihr geblieben, einen sicheren Ausweg aus der Schölennot zu finden. Das war nicht so einfach, da die deutsche Zivilbevölkerung im Jahre wenigstens zweihundert Millionen Paar Schölen durchläuft. Die Deckung dieses gewaltigen Bedarfes ist nur durch stärkste Verwendung von Holz für Schölen möglich. Holzsohlen liegen bereits in bequemer und gefälliger Form vor. Holz ist aber doch etwas anderes als Leder. Das hat schon mancher Schuhmacher erfahren. Deshalb mußte in Berlin eine Lehrwerkstätte eigens für Schuhmacher errichtet werden, in der diese mit der Verarbeitungsmethode der Erlasohlen besonders der Holzsohlen, befaßt gemacht wurden. Auch vom Schuhmacherhandwerk verlangt der Krieg, etwas neues zu lernen. Und das Neue hat sich bewährt. Die in Berlin ausgebildeten Schuhmacher haben die Kenntnis der Verarbeitungsmethode der Erlasohlen auch an ihre Fachgenossen in der Heimat weitergegeben und verarbeiten die Holzsohlen nunmehr ebenso zuverlässig wie die Lederohlen. Sie haben mündlich und schriftlich bestätigt, daß ihre Kundenschaft in Land und Stadt mit den Erlasohlen jetzt durchaus zufrieden ist.

— Die deutschen Kriegsblinden, die im Bund erblindeter Krieger e. V. vereint sind, hielten in Berlin ihren 1. Bundestag ab. Der öffentliche Sitzung wohnten Vertreter des Kriegsministeriums, des Reichsblindenbundes etc. Nach dem vom Vorsitzenden Mury (Stuttgart) erstatteten Geschäftsbericht gehören dem Bund zurzeit 1447 Mitglieder an. Die Einnahmen der Bundeskasse beliefen sich im abgelaufenen Jahre auf 28541 Mk., die Ausgaben auf 7192 Mk., das Vermögen beträgt 31000 Mk. In der öffentlichen Sitzung sprach Köhle (Karlsruhe) über die Zwecke des Bundes, Bundesvorstandsmitglied Major a. D. Claessens, selbst Kriegsblinder, über die Kriegsblindenstiftung. Er warnte vor einer Ausnützung der Stiftung, deren Verwaltung nach Möglichkeit demütigt sei, Gütern zu verheimlichen. Vor allem sei dahin zu streben, daß von den Kriegsblinden möglichst die trägeren oder entsprechende Berufe wieder aus-